



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schießl-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 14.05.2010
Az.:

14. Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 26.04.2010

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

| | |
|-------------------------|-------------------------|
| Bauschmid, Friedrich | i.V.v. Schwimmer Johann |
| Biller, Josef | i.V.v. Vogl Willi |
| Hofstetter, Franz Josef | |
| Jobst, Karl Heinz | bis 17.00 Uhr |
| Kuhn, Günther | |
| Rübensaal, Siegfried | |
| Schlehuber, Anton | |
| Steinberger, Friedrich | |
| Utz, Peter | |
| Ways, Rudolf | |
| Wiesmaier, Hans | |

sowie als Vorsitzender:

Landrat Martin Bayerstorfer

von der Verwaltung:

Kohout Caroline
Schmittner Josef
Mayer Elfriede (Protokoll)
Centner Christina

Ferner nehmen teil:

Architekt Burkhardt vom Architekturbüro Stadtmüller Burkhardt (zu TOP 1, 2)
Frau Schober, Schulleiterin vom Förderzentrum Dorfen (zu TOP 1)

Architekt Anger vom Architekturbüro Anger und Groh (zu TOP 3 und 4)
Herr Stephan vom Landratsamt Ebersberg ab 14.20 Uhr (zu TOP 8 und 9)



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Schulen des Landkreises - Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen
Erweiterung
Vorstellung der überarbeiteten Planung
Vorlage: 2010/0664
2. Schulen des Landkreises - Gymnasium Dorfen
Brandschutzsanierung, Bauabschnitt 2
Vorlage: 2010/0661
3. Schulen des Landkreises
Errichtung eines Gemeinschaftsraumes auf dem Gelände
der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule
Vorlage: 2010/0662
4. Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen
Konjunkturpaket II, Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude
ehemaliges Rathaus
Wärmeversorgung aus dem gemeindlichen Fernwärmenetz
Vorlage: 2010/0663
5. Urzeitmuseum
Vorstellung der Ausführungsplanung
Vorlage: 2010/0665
6. Solarflächenbörse
Antrag der Grünen auf Errichtung einer internetbasierten
Solarflächenbörse
Vorlage: 2010/0667
7. Bekanntgaben und Anfragen
 - 7.1 Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS; Bauzeitenplan
 - 7.2 Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS
Schallschutzmauer an der Siglfinger Straße
 - 7.3 Liegenschaften des Landkreises
Vermietung altes Landratsamtsgebäude
 - 7.4 Nordumfahrung; Fragen zum Gutachten
 - 7.5 Film "Die 4. Revolution - Energy Autonomy"



I. **Öffentlicher Teil der Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie am 26.04.2010**

1. **Schulen des Landkreises - Sonderpädagogisches Förderzentrum Dorfen - Erweiterung
Vorstellung der überarbeiteten Planung
Vorlage: 2010/0664**

Der Vorsitzende begrüßt die Schulleiterin des Sonderpädagogischen Förderzentrums Dorfen, Frau Schober. Er verweist auf die versandte Vorlage und bittet Architekt Burkhardt um Ausführung.

Architekt Burkhardt berichtet, die Vorentwurfsplanung sei dem Ausschuss bereits in der Sitzung am 22.10.2009 vorgestellt worden.

Im Zuge der Förderanträge habe sich herausgestellt, dass Räume für die Ganztagesbetreuung höher gefördert werden, als Räume für die schulische Nutzung. Deshalb werde vorgeschlagen, zwei Räume, die der Ganztagesbetreuung dienen und bisher im bestehenden Gebäudebestand untergebracht werden sollen, in den Neubau umzuplanen, um eine ca. 15 % höhere Förderung zu bekommen.

Das Konzept sei wie vorgestellt gleich geblieben, es seien nur intern Räume verschoben worden.

Im Weiteren sei zur Unterbringung der Ganztagesbetreuung geplant, im Altbau zwei bisher als Materiallager genutzte Räume in einen Speise- und Essensausgaberaum umzubauen. Die Mehrkosten für die Mittagsbetreuung belaufen sich auf 102.494 €. Die Gesamtkosten werden nach derzeitigem Stand rd. 1.612.570 € sein.

Architekt Burkhardt berichtet, er sei aufgefordert worden, Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen. Das sei jedoch momentan schwierig, weil bisher die Planungen aufgrund der Kostenschätzung erfolgen. Erst im späteren Bauverlauf können verschiedene Varianten mit den Kostenangeboten vorgestellt werden.

Der Vorsitzende verweist auf ein Schreiben der BayernSPD-Landtagsfraktion vom November 2009, in dem kein weiterer Aus- und Neubau von Förderschulen gefordert wird. Er geht davon aus, dass trotzdem die Erweiterung und der Umbau am Förderzentrum Dorfen erfolgen sollen. Problematisch wäre es, wenn tatsächlich die Entwicklung so wäre und das Gebäude nicht mehr gebraucht würde, weil es nach Antrag der BayernSPD-Landtagsfraktion Sonderpädagogische Förderzentren nicht mehr geben sollte.

Er habe bezüglich einer Umwidmung zur Ganztagesesschule mit der Reg. v. Obb gesprochen. Es sei mitgeteilt worden, dass dies am Sonderpädagogischen Förderzentrum Dorfen wegen der Einzigkeit nicht möglich sei. Für das Sonderpädagogische Förderzentrum Erding sei die Umsetzung zur Ganztagesesschule bereits in Vorbereitung. Die Grundsatzenscheidung sei im Ausschuss für Bildung und Kultur zu treffen.

Er stellt fest, auch eine offene Ganztagesesschule wäre mit dem vorgestellten Raumprogramm möglich. Sollte es später eine Änderung geben und

vielleicht flächendeckend eine gebundene Ganztageschule eingeführt werden, wäre auch dies bezüglich des Raumangebots möglich.

Dem stimmt **Architekt Burkhardt** zu.

Kreisrat Hofstetter spricht sich für die notwendige Erweiterung aus. Seiner Meinung nach werden die beiden Sonderpädagogischen Förderzentren in Erding und Dorfen auf lange Zeit auch künftig gebraucht.

Kreisrat Wiesmaier plädiert dafür, der Erweiterung zuzustimmen. Seiner Meinung nach müsse das BayernSDP-Schreiben in einem anderen Zeitraum gesehen werden. In dem Schreiben steht: „3. Einführung eines Elternwahlrechts: Die Eltern sollen wählen können, auf welche Schule ihr Kind geht. In dieser gewählten Schule müssen dann die Voraussetzungen für eine optimale Förderung geschaffen werden. ...“. Er denkt, so sei das nicht möglich. Die Kinder haben jetzt den besonderen Anspruch und das Recht auf eine Unterbringung und Förderung. Der Landkreis sollte sich nicht auf das Schreiben der BayernSPD-Landtagsfraktion beziehen, das nicht zu Ende gedacht worden sei.

Der Vorsitzende sagt, eine Entscheidung sei notwendig. Eine andere Situation in späteren Jahren sei das Risiko.

Kreisrat Ways merkt an, das Schreiben haben drei Landtagsabgeordnete der SPD unterschrieben. Das derzeitige Schulsystem sei dazu nicht geeignet. Es sollte jedoch bei langfristigen Planungen darauf geachtet werden. Das Schreiben sei ein Hinweis, dass ein Umdenkungsprozess stattfinden soll.

Er fragt, wann mit dem Erweiterungsbau begonnen werde und ab wann die Kinder die neuen Räume nutzen können.

Architekt Burkhardt antwortet, nach dem heutigen Beschluss müsse der Förderantrag eingereicht werden. Parallel dazu könnte die Genehmigungsplanung erfolgen. Voraussichtlich werde in der zweiten Jahreshälfte mit dem Bau begonnen werden. Wichtig sei, dass heuer noch das Dach gemacht und die Fenster eingebaut werden, um im Winter den Ausbau machen zu können.

Der Vorsitzende sagt, während der Planung habe sich eine andere Nutzung mit der offenen Ganztageschule ergeben. Er plädiert dafür, obwohl sich der Bau verzögert und teurer wird, diese Lösung zu verwirklichen.

Er denkt, die SPD-Landtagsfraktion beabsichtigt mit dem Schreiben, dass die Landkreise nicht so viel investieren und Räume schaffen, die dann vielleicht überflüssig werden, weil die Inklusion ein nur langfristig zu realisierendes Ziel sei. Er versteht dieses Schreiben mehr als Hinweis und habe es zur Kenntnis vorgelegt. Er spricht sich dafür aus, den Erweiterungsbau, wie vorgestellt, umzusetzen.

Kreisrat Jobst fragt, ob sich der Architekt in der Vorplanung bereits Gedanken über den energetischen Standard gemacht habe.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



Architekt Burkhardt erklärt, bei der ersten Vorstellung des Konzeptes sei das bereits erläutert worden. Im Landkreis gelte die EnEv (Energieeinsparverordnung) minus 25 %. Das sei ein guter Standard.

Der Vorsitzende sagt, für den Fall, dass Änderungen gewünscht werden, müsste der Beschluss abgeändert werden.

Kreisrat Jobst denkt, dieser Standard sei sehr wenig. Vor der Ausführungsphase sollte das nochmals überdacht werden. Alles was an Energieeinsparung gemacht wird, sei für die Zukunft gut.

Kreisrat Wiesmaier fragt, mit wie viel Förderung gerechnet werden kann, nachdem es zwei verschiedene Förderungen gebe.

Architekt Burkhardt ergänzt, der Neubau werde nach den tatsächlichen Quadratmetern gefördert. Der Teil für die Schulnutzung werde mit 30 % und die Mittagsbetreuung mit 45 % gefördert. Im Raumprogramm seien alle Räume förderfähig.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0060-14

1. Der vorgestellten Planung des Architekten Burkhardt wird zugestimmt.
2. Die Förderanträge sind getrennt zu stellen
 - a) für den Teil des Um-/Erweiterungsbaus mit der üblichen Förderung,
 - b) für die Um-/Erweiterungsbaumaßnahmen mit erhöhter Förderung.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

2. Schulen des Landkreises - Gymnasium Dorfen Brandschutzsanierung, Bauabschnitt 2 Vorlage: 2010/0661

Der Vorsitzende berichtet zur versandten Vorlage, der Schulleiter habe darauf hingewiesen, dass der Weg vom Haupteingang des Gymnasiums Dorfen bis zur Mensa nicht behindertengerecht sei. Der Architekt schlägt vor, im Zuge der Brandschutzsanierung eine behindertengerechte Rampe zu realisieren. Es könnten ca. 8.000 € gespart werden.

Architekt Burkhardt ergänzt, aufgrund der DIN 18025 „Barrierefreie Wohnungen, Planungsgrundlagen“ sollen Rampen nicht länger als 6 m lang sein und max. eine Steigung von 6 % aufweisen. Im Bestand sei jedoch eine etwas höhere Rampe mit einer Steigung von 6,15 % erforderlich. Die Behindertenbeauftragte, Frau Preuße, würde der Planung zustimmen.

Kreisrat Kuhn denkt, es sollte mit der Versicherung gesprochen werden, ob ein eventueller Unfall abgedeckt sei.

Kreisrat Rübensaal denkt, das einfachste sei, beim GUV eine Stellungnahme einzuholen.

Der Vorsitzende bittet Architekt Burkhardt, dies noch abzuklären.

Im Weiteren erklärt **Architekt Burkhardt** zur Brandschutzsanierung, im 2. Bauabschnitt sei die Sanierung der Aula und der anliegenden Räume geplant. Der Teil sei nicht unterkellert. Im Erdgeschoß werden alle Decken in nichtbrennbare Decken ausgetauscht, die Beleuchtung saniert und die komplette Elektroverkabelung erneuert. Bei den Ausschreibungen haben gute Ergebnisse erzielt werden können. Im Chemieraum müssen bezüglich der Lüftung Verbesserungen gemacht werden.

Im 2. OG werden in den Pfingstferien große Flächen zurückgebaut, damit nach den Sommerferien der Schulbetrieb wieder stattfinden kann. Ein Problempunkt sei der Rettungsweg im Treppenhaus Richtung Norden. Es seien Schäden aufgrund von Streusalz festgestellt worden. Das Treppenhaus müsse entsprechend geschützt und eingehaust werden.

Im Brandschutzkonzept seien auch Verglasungen enthalten, die gegen F 30 Verglasungen ausgetauscht werden müssen. In der Kostenberechnung sei der Betrag enthalten. Dafür gebe es nur einen Hersteller, der die Zulassung habe. Es werde deshalb vorgeschlagen, in den drei Geschossen eine geschlossene Wand und eine Tür (T 30) zu machen. Architekt Burkhardt denkt, dass auf die Verglasung verzichtet werden könnte. Die Kosten würden sich von ca. 57.000 € auf ca. 22.000 € reduzieren. An der Stelle würde die Rampe gemacht werden. Die Kosten für die Rampe werden knapp 20.000 € sein. Die eingesparten Mittel könnten für die Rampe verwendet werden.

Im Weiteren schlägt er vor, den Raum des ehemaligen Pausenverkaufs mit einer mobilen Trennwand der Aula zuzuschlagen.

Architekt Burkhardt merkt weiter an, die Ausschreibung für die Gewerke Paneeldecken, Trockenbau und Elektroarbeiten sei erfolgt. Die Ausschreibungsergebnisse liegen noch nicht vor. Es wird vorgeschlagen, den Landrat zu ermächtigen, die Gewerke an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben. Die Vergabe sei eilig, weil die Arbeiten in den Sommerferien erfolgen müssen. Die Auftragsvergabe müsste Anfang bis Mitte Juli sein.

Herr Schmittner weist darauf hin, nach der bisherigen Planung findet am 24. Juni die letzte Sitzung des Ausschusses für Bauen und Energie vor den Sommerferien statt. Zu dem Zeitpunkt werden jedoch die Ausschreibungsergebnisse noch nicht vorliegen.

Der Vorsitzende fragt, ob die Auftragsvergabe im Juni sein muss. Er würde die Ausschreibungsergebnisse schon gerne den Ausschussmitgliedern vorlegen. Nur im Notfall sollte eine Eilentscheidung getroffen werden.

Er schlägt vor, zu prüfen, ob die geplante Sitzung vom 23.06.2010 auf einen anderen Termin verschoben werden kann.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Daraufhin bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

BauEn/0061-14

1. Dem vom Architekturbüro Stadtmüller/Burkhardt vorgestellten Konzept zur Durchführung des zweiten Bauabschnitts der Brandschutzsanierung wird zugestimmt.
2. Der Landrat wird ermächtigt, soweit nicht in der geplanten Sitzung im Juli die Vergabeentscheidung durchgeführt werden kann, die Gewerke Paneeldecken, Trockenbau und Elektroarbeiten an den Bieter mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.
3. Die behindertengerechte Rampe soll 2010 im Rahmen der Brandschutzsanierung errichtet werden.

Büro des Landrats
BL

Die notwendigen Mittel hierfür werden überplanmäßig bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Schulen des Landkreises
Errichtung eines Gemeinschaftsraumes auf dem Gelände
der Dr.-Herbert-Weinberger-Schule
Vorlage: 2010/0662

Der Vorsitzende begrüßt Architekt Anger und bittet ihn um Ausführung.

Architekt Anger merkt an, gegenüber der bisherigen Entwurfsplanung werde auf Wunsch der Schule eine Änderung im Eingangsbereich und ein Dachüberstand vorgeschlagen. Er zeigt die verschiedenen Ansichten.

Die Kosten würden sich insgesamt auf 161.595,20 €, zuzüglich des Fernwärmeanschlusses, etwas erhöhen. Für das Mauerwerk wären starke Massivwände erforderlich.

Zunächst sei die Entscheidung erforderlich, in welchem Material der Gemeinschaftsraum entstehen soll. Er würde die Ausführung in Stahlbeton vorschlagen, weil aus statischen Gründen dünnere Wände gemacht werden könnten und keine Stahlzugbänder erforderlich wären. Allerdings müssten die Wände vollständig von Fremdfirmen ausgeführt werden.

Der Gemeinschaftsraum könnte auch mit Stützen und einem Ring darüber gemauert werden.

Der Vorsitzende sagt, diese Art könnten auch die Schüler der Berufsschule mauern.

Architekt Anger merkt an, dass mit der Ausführung eines Mauerwerks die erhöhte Gefahr von Rissbildungen, insbesondere im Innenbereich größer sei.

Der Vorsitzende stellt fest, die Rissbildung sei nicht wegen der Konstruktion eine Besonderheit, sondern ähnlich wie bei allen Ziegelbauten.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Architekt Anger weist darauf hin, dass es keine Querwände gibt. Deshalb sei die statische Belastung anders. Durch das starke Mauerwerk sei das aber machbar. Gestalterisch sehe er kein Problem. Beide Varianten wären kostenneutral.

Der Vorsitzende stellt fest, Hintergrund war, den Eigenleistungsanteil nicht nur deshalb anzusetzen, um Geld zu sparen, sondern die Berufsschule eine Identifikation haben möchte, Handwerkskunst darzustellen und auch die Schüler zeigen möchten, was sie lernen. Er fragt, ob die Schüler unter fachkundiger Anleitung in der Lage seien, den Gemeinschaftsraum zu mauern.

Kreisrat Biller merkt an, er habe sich rückversichert. Es sei geplant, den Bau als Schülerprojekt zu machen, um die Handwerkskunst darzustellen und die Arbeit der Schüler einzubringen. Dabei wäre der Mauerwerksbau ein großer Vorteil.

Die Schüler haben stundenweise, halbtagsweise die Möglichkeit zu mauern. Die Fachlehrer würden die fachliche Ausführung der Arbeiten gewährleisten. Die Fassade würde eine klassische Putzfassade werden.

Kreisrat Schlehuber merkt an, eine gebogene Schalung betonieren, könnten die Schüler nicht machen. Kleinere Betonsäulen könnten jedoch von den Schülern eingeschalt werden. Von der Fa. Großmann sei der Bau so konstruiert worden, dass keine Stahlzugbänder notwendig seien. Diese Kosten könnten gespart werden.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Die Wände sollen **in Mauerwerk** ausgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Architekt Anger verweist auf den gewünschten niedrigeren Eingangsbereich. Weiter sei von Seiten der Schule eine Variante mit einem Dachüberstand vorgeschlagen worden. Aus seiner Sicht müsse er Bedenken anmelden. Der Schalencharakter des Gemeinschaftsraumes sei dann nicht mehr gegeben. Der eigenlichte Entwurf würde damit verfremdet.

Kreisrat Biller merkt an, der gebildete Arbeitskreis besteht aus Vertretern der Schule und des örtlichen Handwerks. Nach Meinung der Fachleute, Zimmerer, würde die Dachrinne bei der Schalenbauweise in die Wand eingelassen werden. Jeder Praktiker verweist darauf, dass bei einer Undichtigkeit das Wasser an der Wand herunter laufen wird. Auch mit dem in der Nähe stehenden Baum werde es bezüglich des Laubs Probleme geben. Deshalb sei der Vorschlag, eine gewöhnliche Dachrinne anzubringen.

Kreisrat Biller sagt, er habe anfangs große Zuneigung zum Entwurf von Architekt Anger gehabt und viele Leute zum Entwurf befragt. Leider waren alle der Meinung, dass ein Dachüberstand wesentlich schöner wäre. Deshalb habe er seine Meinung auch geändert und bittet, dem Vorschlag zu folgen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Architekt Anger weist darauf hin, dass sämtliche sakralen Bauten in Oberbayern keinen Dachüberstand haben. Seiner Meinung nach passt ein Dachüberstand nicht. Durch den Dachüberstand würden sich ca. 20 m² Dachfläche mit Mehrkosten von rd. 4.000 € ergeben. In seinem Entwurf seien auf der Verblendung aufgesetzte Dachrinnen vorgesehen.

Der Vorsitzende berichtet von den Schwierigkeiten beim Landratsamtsgebäude mit den innen liegenden Dachrinnen.

Kreisrat Utz spricht sich für die Variante mit dem Dachüberstand aus. Der Gemeinschaftsraum sollte keine Klagemauer werden.

Kreisrat Schlehuber merkt an, er kennt keine Kirche, die eine glatte Wand nach oben habe. Die Wände seien immer abgesetzt, z.B. mit einem Sockel oder Sims, etc. Auch beim Neubau FOS/BOS und beim Gastro-Zentrum gebe es Dachüberstände. Er denkt, die Variante mit dem Dachüberstand würde gut dazu passen. Zudem wäre die Ausführung handwerklich einfacher.

Architekt Anger verdeutlicht, bei der bisherigen Variante habe jeder Dachsparren eine andere Neigung. Wenn die Sparren weiter nach außen geführt werden, wäre der Abstand nicht mehr horizontal.

Kreisrat Schlehuber erklärt die Arbeiten. Jeder Dachsparren müsse einzeln hergerichtet werden.

Der Vorsitzende denkt, es sei wichtig, dass der Gemeinschaftsraum auch optisch ansehnlich sei. Der Architekt sollte deshalb schon sagen, wenn es nicht passt.

Heute sei die Entscheidung zu treffen, Variante 1 (überarbeitete Version) oder Variante 2 (Entwurf des Architekten) zu bauen.

Kreisrat Kuhn spricht sich für die Variante des Architekten aus, der Entwurf des Architekten sollte nicht geändert werden. Ansonsten hätte die Arbeitsgruppe den Plan entwerfen können. Der Architekt müsse auch die Gewährleistung übernehmen. Im Übrigen sei die Bauart auch Geschmacksache.

Der Vorsitzende denkt, wichtig sei schon auch, dass die Handwerker ihre Position darstellen. Ein Bau könne nur gelingen, wenn sich sowohl die Architektur als auch die Handwerker wiederfinden.

Kreisrat Ways spricht sich ebenfalls für den Entwurf des Architekten aus, die Planung sei einzigartig. Die Variante mit dem Dachüberstand sei dagegen alltäglich und gewöhnlich, jedoch im Unterhalt besser.

Kreisrat Biller möchte die Leistung des Architekten nicht kritisieren. Es sei kein Ideenwettbewerb gewesen.

Der Gemeinschaftsraum solle auch von den Schülern genutzt werden. Ursprünglich habe es eine Entwurfsplanung von Lehrkräften gegeben, die auch Baumeister seien und die Berechtigung haben, Pläne zeichnen zu



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

dürfen. Das Gremium habe dann entschieden, zusätzlich einen Architekten zu beauftragen. Die Grundidee sei aber gewesen, die Schüler beim Bau einzubinden und die Handwerkskunst an der Berufsschule darzustellen. Das sollte auch bezüglich der Kosten berücksichtigt werden.

Architekt Anger weist darauf hin, der Dachüberstand spart nicht Geld, sondern kostet rd. 4.000 € (Material) mehr. Der Aspekt der Mitarbeit sei wichtig und nachvollziehbar.

Kreisrat Schlehuber weist darauf hin, dass häufig Bauherrn einen Entwurf des Architekten ändern. Er erinnert, am neuen Gymnasium in Erding sei ursprünglich vom Architekt ein Flachdach geplant gewesen. Auf Wunsch der Bauausschussmitglieder sei ein leicht geneigtes Dach gebaut worden.

Kreisrat Bauschmid spricht sich für einen Dachüberstand aus.

Kreisrat Hofstetter schließt sich der Empfehlung der Arbeitsgruppe an.

Kreisrat Wiesmaier denkt, der Wille des Nutzers sei entscheidend. Die Nutzer sollten das Gebäude in der Ausführung bekommen, wie sie sich das vorstellen. Der Bauherr sollte sich aber schon auch Gedanken darüber machen, wie das Bauwerk zu unterhalten, zu pflegen und wirtschaftlich zu betreiben sei. Er spricht sich deshalb für einen Dachüberstand aus.

Kreisrat Utz merkt an, wenn das Dach übersteht, wird der Bau größer wirken. Er fragt, ob das Dach dann auf den Baukörper aufgelegt werden kann.

Architekt Anger sagt, das Dach würde im inneren Drittel auf der Mauer aufsitzen.

Der Vorsitzende fragt, ob ein Kompromiss möglich wäre, bei dem beide Seiten zufrieden wären, z.B. mit einer Art Gesims, ähnlich wie bei den Sakralbauten mit der Dachrinne außen.

Architekt Anger sagt, keinen Dachüberstand zu machen und die Dachrinne außen anzubringen, wäre denkbar.

Kreisrat Schlehuber sagt, es sei die Entscheidung zu treffen, mit oder ohne Dachüberstand. Ob dann eine außen liegende oder innen liegende Dachrinne gemacht wird, könne dann immer noch entschieden werden.

Kreisrat Utz denkt, wichtig sei schon, dass die Dachrinne nicht innen liegend sei.

Kreisrat Kuhn stellt fest, es werde also die Variante, die der Architekt vorgeschlagen hat mit einer Dachrinne außen favorisiert.

Kreisrat Biller merkt an, wenn die Dachrinne nach außen gemacht wird, könne die Wand nicht wie geplant gebaut werden.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Nach eingehender Diskussion bringt **der Vorsitzende** folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

1. Der Gemeinschaftsraum soll nach **Variante 1** (auf Vorschlag der Arbeitsgruppe mit Dachüberstand) errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 8 : 4 Stimmen.**

(Gegenstimmen: KR Jobst, KR Kuhn, KR Rübensaal, KR Ways)

Der Auftrag an den Architekten und die Arbeitsgruppe sei, zu prüfen, ob die Dachrinne möglichst eng anliegend gemacht werden könne.

Weiter merkt der Vorsitzende zur Finanzierung an, insgesamt sei eine Summe von rd. 160.000 € ohne Verlegung der Fernwärmeleitung kalkuliert worden.

Im Haushalt des Landkreises 2010 sei ein Betrag von 60.000 € eingeplant. Die Reg. v. Obb gewährt einen Zuschuss von 45.000 €. Der weitere Vorschlag sei, durch Sponsoring 20.000 € und durch Eigenleistung der Berufsschule ebenfalls 20.000 € aufzubringen. Im Weiteren wäre also ein Defizit von 15.000 € zusätzlich zu finanzieren. Der Vorschlag sei, den Betrag aufzuteilen in Sponsoring und in eine Ausfallbürgschaft, o.ä. des Fördervereins, denn im Haushalt 2011 seien keine Mittel dafür eingeplant worden. Er schlägt vor, keine Festlegung für das nächste Haushaltsjahr zu treffen. Für die weiteren Planungen wäre es nicht von Vorteil, wenn die Finanzierung nicht gesichert sei.

Kreisrat Wiesmaier denkt, wichtig sei, dass der Gemeinschaftsraum mit 45.000 € förderfähig sei und relativ bald mit dem Bau begonnen werden kann. Er denkt, es sei allen bewusst, dass auch 2011 noch über das Thema diskutiert werden müsse. Er schlägt vor, die Freigabe für den Bau zu geben und mit zusätzlichen Sponsorengeldern zu versuchen, den Bau vollenden zu können, ohne eine Verpflichtung in den Haushalt einzustellen.

Daraufhin schlägt **der Vorsitzende** folgende Formulierung des Beschlusses vor:

BauEn/0062-14

1. Der Gemeinschaftsraum soll nach **Variante 1** (auf Vorschlag der Arbeitsgruppe mit Dachüberstand) errichtet werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 8 : 4 Stimmen.**

2. Die Wände sollen **in Mauerwerk** ausgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Vor Baubeginn muss die Finanzierung der Gesamtmaßnahme i.H.v. 160.000 € sichergestellt sein, wobei der Nettoanteil des Landkreises auf 60.000 € festgeschrieben wird.



4. Vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung wird der Beauftragung der Evonik New Energies GmbH mit der Verlegung der Fernwärmeleitung für pauschal 8.330,00 € brutto zugestimmt.

Der geringfügigen Verschiebung des Gemeinschaftsraumes wird zugestimmt.

5. Vorbehaltlich der gesicherten Finanzierung wird dem Terminplan bis zur Fertigstellung der Bodenplatte zugestimmt.
6. Zur Finanzierung der Gesamtmaßnahme werden im Haushalt 2010 überplanmäßige Mittel von 80.000 € bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: KR Kuhn)

**4. Schulen des Landkreises – Realschule Taufkirchen
Konjunkturpaket II, Sanierung Realschule Taufkirchen - Gebäude
ehemaliges Rathaus
Wärmeversorgung aus dem gemeindlichen Fernwärmenetz
Vorlage: 2010/0663**

Der Vorsitzende verweist auf den versandten Vorlagebericht und merkt an, die Gemeinde Taufkirchen habe mit Schreiben vom 19.03.2010 zugesichert, dass bei der geplanten Fernwärmeleitung der Primärenergiefaktor kleiner als 0,87 sein wird und die Wärmeversorgung für das Realschulareal bis spätestens 31.10.2011 sichergestellt werde. Damit könnte auf die zunächst geplante Pelletsheizung verzichtet werden.

Kreisrat Kuhn fragt, ob bei der Zusicherung des Primärenergiefaktors kleiner als 0,87 ausgeschlossen sei, dass Palmöl verwendet werde.

Der Vorsitzende erklärt, die Gemeinde Taufkirchen habe mit den Stadtwerken Erding Berechnungen durchgeführt. Darin sei aufgeführt, dass der Primärenergiefaktor sogar bei Verwendung von Palmöl eingehalten würde. Es sei nicht gesagt worden, dass Palmöl eingesetzt wird.

Kreisrat Kuhn denkt, bei Verwendung von Palmöl müsste der Primärenergiefaktor noch niedriger sein.

Kreisrat Hofstetter betont, es sei nie die Rede vom Einsatz von Palmöl gewesen.

Kreisrat Rübensaal fragt nach der Situation, wenn die geplante Fernwärmelieferung nicht bis 31.10.2011 erfolgen wird und wer die Folgekosten zu tragen habe.

Der Vorsitzende antwortet, es würde dann die Heizung wie bisher weiter in Betrieb sein. Aufgrund der Zusicherung der Gemeinde Taufkirchen minimiere sich jedoch das Risiko.



Architekt Anger weist darauf hin, die Einhaltung des Termins sei entscheidend, weil sonst eventuelle Zuschüsse wegfallen, wenn die Anlage nicht bis Ende 2011 zur Verfügung stehe.

Er erklärt, die Kosten werden auf rd. 1,35 Mio € geschätzt. Bei der Gesamtsumme ergeben sich keine großen Kostenverschiebungen.

Derzeit werden aufgrund der Fördermittelbedingungen 88.000 € nicht voll ausgeschöpft. Das Ganze sei ohne Berücksichtigung der Fernwärme. Derzeit seien für die Heizung Mittel i.H.v. 125.000 € eingestellt. Es bleibe abzuwarten, ob die Fördermittel ausgeschöpft werden können. Von der Reg. v. Obb sei die Vorgabe, dass das Verhältnis zwischen den energetischen Maßnahmen und sonstigen Maßnahmen von drei zu eins sein müsse.

Er merkt an, auch in der kommenden Heizperiode müsse die Wärmeversorgung sichergestellt werden. Eine Entscheidung, ob auf den Kamin verzichtet werden kann, müsse deshalb aufgrund des Baufortschritts bald getroffen werden.

Der Vorsitzende sagt, nach Aussage von Architekt Anger sei es nun doch notwendig, einen Kamin einzubauen.

Kreisrat Rübensaal denkt, dies sollte im Beschluss auch festgehalten werden.

Kreisrat Jobst würdigt die konsequente, vorbildliche Vorgehensweise der Gemeinde Taufkirchen. Er plädiert für Zustimmung. Schade, dass in Erding noch nicht so weit im Voraus gedacht werde.

Kreisrat Wiesmaier verweist auf den letzten Absatz im Vorlagebericht. Es steht eindeutig: „Durch den Anschluss an die Fernwärmeversorgung kann auf den Kamin, der für die Pelletsheizung notwendig gewesen wäre, verzichtet werden. Die Entscheidung, ob auf den Kamin verzichtet wird, muss aus Gründen des Baufortschritts am 26.04.2010 getroffen werden. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass ein nachträglicher Kamineinbau im Gebäude nicht mehr möglich ist. Sollte später wieder ein Wechsel zurück zur Pelletsheizung notwendig werden, wäre aus bautechnischer Sicht nur noch die nachträgliche Errichtung eines Außenkamins möglich.“.

Der Vorsitzende sagt, Herr Graßl habe die Vorlage erarbeitet, in der Zwischenzeit haben sich jedoch neue Erkenntnisse ergeben.

Architekt Anger berichtet, die Situation sei, dass der jetzige Kamin abgebrochen werden müsse. Er weist darauf hin, dass ein nachträglicher Kamineinbau im Gebäude nicht mehr möglich wäre. Er empfiehlt deshalb, für den Übergang doch einen Kamin einzubauen, der sowohl für die Gasheizung als auch vielleicht später für eine Pelletsheizung geeignet sei. Zudem habe sich herausgestellt, dass die Abgasführung anders nicht bewerkstelligt werden könne.

Der Vorsitzende verliest daraufhin eine E-mail der Reg. v. Obb vom 26.04.2010: „.....wie besprochen bestätige ich Ihnen gerne, dass im Rahmen des Konjunkturpaktes II Kosten für den Anschluss an ein Fernwär-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

menetz zu förderfähigen Kosten gehören und deshalb auf für Ihr Projekt angerechnet werden. Laut Ihrem Antrag vom 23.07.2009 beabsichtigen Sie eine Investition in Höhe von rund 1,35 Mio €. Im Zugeschreiben der Regierung von Oberbayern vom 06.05.2009 wurden Ihnen 874.900 € als Zuschuss in Aussicht gestellt. Der Bescheid vom 04.02.2010 bestätigt dies und legt die förderfähigen Kosten fest mit 999.920 €. Durch die Änderung der Wärmeversorgung wird es Kostenverschiebungen geben, die derzeit noch nicht genau bekannt sind. Sollten die Kosten wider Erwarten niedriger werden als die im Bescheid festgelegten 999.920 €, können wir gerne zusätzliche Maßnahmen mit aufnehmen, um Ihren zugesagten Zuschuss auszuschöpfen. Ich schlage deshalb vor, wir bleiben in Kontakt, um rechtzeitig auf neue Erkenntnisse reagieren zu können. Bitte beachten Sie, dass für die Erreichung der Energiewerte, die die Energieeinsparverordnung fordert, Ihr eingeschalteter Energieberater verantwortlich ist. Es ist seine Aufgabe, Ihnen die Maßnahmen zu benennen, die erforderlich sind, um die entsprechenden Werte zu erreichen. Die Aussage der Gemeinde Taufkirchen, dass bis spätestens 31.10.2011 die Wärmeversorgung für das Realschulareal sicher gestellt ist, ist zunächst ausreichend“.

Kreisrat Rübensaal fragt, ob die Gas- oder Pelletsheizung eine Alternative sein solle, wenn die Fernwärmeversorgung durch die Gemeindewerke doch nicht möglich wäre.

Der Vorsitzende erklärt, derzeit gibt es die Gasheizung. Ursprünglich sei im Rahmen des Konjunkturpakets II der Umbau in eine Pelletsheizung geplant gewesen. Parallel dazu haben die Gemeindewerke die Energiewärmeversorgung angeboten. Es sei dann besprochen worden, dass der Kamin bis zur Zusage der Gemeindewerke Taufkirchen bleiben solle. Es sei geplant gewesen, dann auf den Kamin zu verzichten. Nach Aussage von Architekt Anger sei der Kamin jedoch für die Übergangszeit und für die Abgasführung doch notwendig.

Kreisrat Kuhn denkt, wenn der Kamin nicht unbedingt erforderlich sei, sollte darauf verzichtet werden.

Der Vorsitzende betont, nur weil es Fördergelder gibt, sollten Maßnahmen nicht durchgeführt werden. In dem Fall kostet es dem Landkreis mehr, wenn die Fördergelder nicht in Anspruch genommen werden.

Kreisrat Rübensaal denkt, es wäre auch eine Überlegung, einen außenliegenden Stahlkamin zu machen, der dann, wenn er nicht mehr gebraucht wird, verkauft werden kann.

Kreisrat Steinberger findet es in Ordnung, wenn für einen Notbetrieb ein Kamin vorhanden sei, nachdem auch keine Mehrkosten entstehen.

Kreisrat Schlehuber spricht sich ebenfalls für den Kamin aus, wenn keine Mehrkosten anfallen.

Der Vorsitzende stellt fest, eine Beschlussfassung sei nicht erforderlich. Von der weiteren Vorgehensweise haben die Ausschussmitglieder Kenntnis genommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

5. Urzeitmuseum Vorstellung der Ausführungsplanung Vorlage: 2010/0665

Der Vorsitzende verweist auf die versandte Vorlage und ergänzt, dass es Zuschüsse nur von Seiten des Denkmalschutzes geben könne. Wenn der Landkreis Investitionen tätigt, die über die Substanzerhaltung des Gebäudes hinausgehen, müssen diese Kosten auf die Mietkosten umgelegt werden. Ähnlich sei es auch bei anderen Objekten des Landkreises, z.B. beim Gebäude am Dr. Ulrich-Weg, das an das Finanzamt vermietet worden sei.

Kreisrat Wiesmaier denkt, es müsse in der Öffentlichkeit der Eindruck vermieden werden, dass der Landkreis ein Gebäude erstellt und es dann ohne Gegenleistung an den Nutzer übergeben wird. Er spricht sich für die Ausführung der Maßnahme aus, aber mit Gegenleistung des Nutzers. Inwieweit auch die Gemeinde den Nutzer unterstützen wird, müsse gemeinsam noch ausgehandelt werden.

Kreisrat Rübensaal denkt, es sollte schon berücksichtigt werden, dass es sich bei der Maßnahme nicht um eine kulturelle Leistung handelt, sondern auch Schulen beteiligt seien.

Der Vorsitzende sagt, entscheidend sei, dass Zuwendungen Dritter eins zu eins einfließen. Falls es Spenden, Beteiligungen, etc. gebe, müssen auch sie eingerechnet werden (Nettoinvestition des Landkreises). Der Bayer. Landesstiftung sei vorgeschlagen worden, den Kulturpreis in Höhe von 30.000 € an den „Verein Freunde des Urzeitmuseums Taufkirchen e.V.“ zu verleihen.

Architekt Anger berichtet, das Konzept zum Neubau der Eingangshalle des Urzeitmuseums sei schon vorgestellt worden. Er zeigt nochmals den Grundriss mit dem gebogenen Dach und der Oberlichtverglasung, die von außen schon einen Einblick in den Hauptraum des Gebäudes gewährleistet. Der Entwurf sei mit Herrn Kapustin abgestimmt worden. Er zeigt die Ansicht des Gebäudes von der Seite. Zum Gebäude hin müsse die Böschung abgegraben werden, damit die große Abfangwand nicht mehr in der Form erforderlich werde und sich das Ganze weicher in das Gelände einfüge.

Die Ausstattung sei einfach, die Stahlbetonwände und -decken seien innen unverputzt, es werde ein schwimmender Estrich verlegt, ohne Bodenbelag. Das sei so mit dem Nutzer abgestimmt, der dann den Raum frei gestalten könne. Die Fassade erhält ein Wärmedämmverbundsystem wie am Haupthaus. Die Metall-Glasfassade wird, wo keine Fenster sind, mit gedämmten Paneelen versehen. Teilweise werden vorhandene Geländerelemente wiederverwendet.

Die Kosten für die Gesamtmaßnahme mit rd. 154.232,28 € haben sich seit Dezember 2009 nicht verändert.

Vom Fachplaner für Heizung, Sanitär wird empfohlen, im Alt- und Neubau eine Lüftungsanlage zu installieren, weil kaum Fenster vorhanden seien.

Mit geringen Mehrkosten von 9.000 € wäre eine kontrollierte Lüftung machbar. Diese Lüftungsanlage sei auch nachträglich noch einbaubar.



Der Vorsitzende fragt, ob die Lüftungsanlage einen Einfluss auf den Gesamtbaukörper habe.

LANDKREIS
ERDING

Architekt Anger sagt, durch die erhöhte Dichtigkeit könnte es eventuell Probleme geben. Eine Lüftungsanlage sei jedoch nicht unabdingbar zwingend notwendig. Der jetzige Betrieb funktioniere auch ohne Lüftungsanlage gut.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende sagt, es sei mit Vertretern des „Vereins Freunde des Urzeitmuseums Taufkirchen e.V.“ darüber gesprochen worden. Deren Meinung sei, dass momentan darauf verzichtet werden sollte.

Zur weiteren Sanierung des Haupthauses erklärt **Architekt Anger**, durch die Dämmung der Westfassade müsse die Fluchttreppe um ca. 25 cm verschoben werden. Der Eingangsbereich des Museums (in Stahlbeton) sei unter der Fluchttreppe vergossen. Sollte das Museum erst zu einem späteren Zeitpunkt saniert werden, gäbe es einen erheblichen Mehraufwand, weil die Treppe aus dem Eingangsbereich herausgearbeitet und dann wieder an den Bestand angepasst werden müsste. Bei der zeitgleichen Ausführung wäre der Fertigstellungstermin Mitte September.

Kreisrat Wiesmaier wünscht, im Beschluss auch die Modalitäten für die Berechnung der Miete beizufügen.

Der Vorsitzende sichert zu, im Protokoll aufzunehmen, dass bei der Gestaltung des Mietpreises die Nettoinvestition des Landkreises zugrunde zu legen sei. Auch die Pressemitteilung „Unmut über Zuschuss-Politik des Landkreises“ kann in Anlage beigefügt werden.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

Kreisrat Hofstetter denkt, es sei allen klar, dass das Urzeitmuseum gebaut und dann vermietet wird.

Daraufhin fasst der Ausschuss für Bauen und Energie folgenden Beschluss:

BauEn/0063-14

1. Der vom Architekturbüro Anger und Groh vorgestellten Ausführungsplanung wird zugestimmt.
2. Die Bereitstellung außerplanmäßiger Haushaltsmittel wird befürwortet. Dem Kreisausschuss wird empfohlen, außerplanmäßige Haushaltsausgaben in Höhe von 154.000,00 € brutto zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

6. Solarflächenbörse
Antrag der Grünen auf Errichtung einer internetbasierten
Solarflächenbörse
Vorlage: 2010/0667

Der Vorsitzende merkt an, Kreisrat Kuhn habe den Antrag gestellt, eine internetbasierte Solarflächenbörse auf der Homepage www.landkreis-erding.de einzurichten. Auf das Schreiben habe Herr Kuhn eine Antwort erhalten. Trotzdem habe Kreisrat Kuhn darauf bestanden, den Antrag im Ausschuss zu behandeln.

Der Vorsitzende berichtet, nachdem der Landkreis Freising derzeit bereits Erfahrungen sammelt und die Nachfrage noch nicht so groß sei (vier Projekte), haben sich die Mitglieder im letzten Strategieworkshop der Airfolgsregion Erding-Freising am 23.02.2010 darauf verständigt, eine gemeinsame Solarflächenbörse für die beiden Landkreise einzurichten. Zudem sei eine Verlinkung der beiden Landkreisinternetseiten zur Solarflächenbörse geplant, die auf der Homepage der Airfolgsregion eingerichtet werden solle.

Kreisrat Kuhn denkt, die Einrichtung einer Solarflächenbörse sei Aufgabe des Landkreises. Damit solle die Kontaktaufnahme von Anbietern und Investoren erleichtert werden. Langfristig werde es eine Energiewende geben. Wie sich die Airfolgsregion künftig entwickeln wird, sei dagegen nicht bekannt. Der Landkreis Freising habe bereits eine Solarflächenbörse eingerichtet. Kreisrat Kuhn berichtet, der Aufwand für die Erstellung der Seiten sei ca. vier Stunden, er habe schon Internetseiten erstellt und betreut zwei Seiten.

Der Vorsitzende widerspricht, es sei keine Pflichtaufgabe des Landkreises, eine Solarflächenbörse anzubieten. Im Bereich Energie habe der Landkreis keine Zuständigkeit, nur für den Teil der landkreiseigenen Gebäude. Er berichtet, als das Thema Energieplan diskutiert worden sei, haben sich die Bürgermeister überwiegend dagegen ausgesprochen, dass der Landkreis dies koordinierend übernehmen solle. Inwieweit eine Umsetzung in der Airfolgsregion sein werde, liege jedoch in der Entscheidung des Landkreises. Der Landkreis stellt für die Airfolgsregion Mittel zur Verfügung. Er schlägt eine Verlinkung der Seiten mit der Airfolgsregion vor.

Kreisrat Kuhn weist darauf hin, der Landkreis Freising habe bereits auf der eigenen Website eine Solarflächenbörse eingerichtet. Er stellt fest, die Sitzungen der Airfolgsregion seien überwiegend nichtöffentlich. Die Einrichtung einer Solarflächenbörse sei zwar keine Pflichtaufgabe, der Aufwand sei jedoch gering und für die Bürger wäre es eine gute Möglichkeit.

Kreisrat Jobst denkt, nur die Website zur Verfügung zu stellen, wie es der Landkreis Freising gemacht habe, sei nicht zielführend und bringe nicht den Erfolg. Für den Erfolg sei ein entsprechender Druck entscheidend, den der Landkreis höher ansetzen könne.

Der Vorsitzende betont, gerade weil es keine Landkreisaufgabe sei, könne keine Landkreispower dahinter stehen. Die Airfolgsregion kann sich mit der Thematik beschäftigen. Es sei geplant, bei der Airfolgsregion auch das



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Energiemanagement zu betreiben. Es könnte eine Geschäftsstelle mit zwei Außenstandorten (am Landratsamt Erding und Landratsamt Freising) eingerichtet werden, um intensiver einsteigen zu können. Er denkt, es sei ein Vorteil, das Thema gemeinsam mit dem Landkreis Freising anzugehen.

Kreisrat Utz denkt, unabhängig ob eine Solarflächenbörse landkreisweit oder mit dem Landkreis Freising zusammen gemacht wird, sollte in den einzelnen Gemeindeblättern dann auf die Verlinkung hingewiesen werden.

Kreisrat Jobst denkt, es wäre wichtig, dass der Landkreis dies als Dienstleistung sieht und diese Initiative nicht über die Gemeinden stülpe. Eine Solarflächenbörse sollte für die Bürger ein Angebot sein.

Der Vorsitzende betont, dass der Landkreis im Bereich Energie keine Zuständigkeit habe. Natürlich könne sich der Landkreis mit Zusatzaufgaben beschäftigen. Es sei aber schwierig, das nach außen darzustellen, denn es gibt dann immer wieder den Hinweis, ob das Aufgabe des Landkreises sei. Im Besonderen werden Dinge hinterfragt, wenn im Haushalt die Mittel fehlen.

Kreisrat Jobst denkt, der Bereich gehöre zum Landkreismarketing. Es sollten nicht Dinge versteckt oder verhindert werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, die Airfolgsregion werde vom Landkreis mit finanziert. Wichtig sei, dass das Angebot gemacht wird.

Nachdem Kreisrat Kuhn seinen Antrag aufrecht erhält, dass der Landkreis auf seiner Internetseite durch Mitarbeiter des Landratsamtes eine Solarflächenbörse anbietet, fragt **der Vorsitzende**, wer dem Antrag von Kreisrat Kuhn zustimmt.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 3 Stimmen.**

Der Vorsitzende geht davon aus, dass Einverständnis besteht, die Einrichtung einer Solarflächenbörse mit der Airfolgsregion umzusetzen und eine Verlinkung herzustellen.

Kreisrat Kuhn fragt, wie sich der Landkreis Freising dazu äußert.

Der Vorsitzende berichtet, es sei vereinbart worden, gemeinsam in der Airfolgsregion eine Solarflächenbörse einzurichten.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

BauEn/0064-14

Der Landkreis Erding richtet eine internetbasierte Solarflächenbörse auf seiner Homepage www.landkreis-erding.de ein.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 3 Stimmen.**
(KR Jobst, KR Kuhn, und KR Ways).



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

7. Bekanntgaben und Anfragen

7.1 Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Bauzeitenplan

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in die Mappen der Mitglieder des Ausschusses für Bauen und Energie der überarbeitete Bauzeitenplan zum Neubau FOS/BOS verteilt worden sei.

Es ergeben sich dazu keine Wortmeldungen.

7.2 Schulen des Landkreises - Neubau FOS/BOS Schallschutzmauer an der Siglfinger Straße

Kreisrat Kuhn berichtet, auf dem Weg zur Sitzung sei er die Siglfinger Straße entlang geradelt. Im Bereich der FOS/BOS sei er fast gegen die Schallschutzmauer gefahren. Er denkt, die Steinmauer sei zu lange gebaut worden, sie könnte 2 m kürzer sein. Die derzeitige Situation sollte geändert werden.

Der Vorsitzende berichtet, die Situation sei mit der Stadt Erding so abgestimmt worden. Die Stadt Erding baut direkt neben der Straße an der Grundstücksgrenze einen Geh- und Radweg. Die Grünfläche sei neben dem Geh- und Radweg geplant und nicht dazwischen.

Der Vorsitzende erinnert, in der Sitzung am 25.01.2010 habe bereits Kreisrat Vogl die Situation angesprochen. Wichtig sei, zuerst mit der Stadt Erding den Verlauf des Geh- und Radweges nochmals abzuklären.

Herr Wild meint, es wäre kein Problem, die Steinmauer zurückzubauen. Er schlägt vor, in der nächsten Sitzung die Pläne vorzustellen und eventuell Alternativen aufzuzeigen.

Damit besteht allgemein Einverständnis.

7.3 Liegenschaften des Landkreises Vermietung altes Landratsamtsgebäude

Kreisrat Kuhn fragt, welche Pläne es für eine weitere Vermietung des alten Landratsamtsgebäudes gibt, nachdem er gehört habe, dass die Süddeutsche Zeitung ausziehen wird.

Der Vorsitzende antwortet, das sei in der nichtöffentlichen Sitzung zu diskutieren.

7.4 Nordumfahrung Fragen zum Gutachten

Kreisrat Kuhn fragt, ob es zum Gutachten zur Nordumfahrung noch mehr Informationen und Pläne gebe. Er schlägt vor, die Unterlagen des Gutachtens möglichst bald ins Internet einzustellen.



LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende antwortet, die Ausschussmitglieder haben die Pläne bekommen. Ob es noch weitere Pläne und Informationen gibt, sei ihm nicht bekannt. Selbstverständlich werde das Staatl. Bauamt Freising gebeten, die Unterlagen zur Einstellung in die Internetseite des Landkreises zur Verfügung zu stellen, damit sie für jeden Interessierten zugänglich seien.

Kreisrat Kuhn stellt fest, das Gutachten sei auf dem Verkehrskonzept aufgebaut und auch der Schienenverkehr, etc. berücksichtigt worden. Ihn interessiert, welche Vorgaben dem Gutachten zur Nordumfahrung zugrunde gelegt worden sind, aufgrund dessen die Prognosen erstellt wurden.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende bittet, das Thema im zuständigen Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt zu behandeln. Seines Wissens sei Grundlage das Verkehrskonzept gewesen, das 2004 vorgestellt worden sei.

7.5 Film "Die 4. Revolution - Energy Autonomy"

Kreisrat Jobst weist darauf hin, dass am 06. Mai 2010 um 19.30 Uhr im Cineplex-Kino Erding der Dokumentarfilm „Die 4. Revolution“ gezeigt wird. Er würde sich freuen, wenn alle Ausschussmitglieder daran teilnehmen würden.

Der Vorsitzende bittet, künftig unter Bekanntgaben und Anfragen nur Themen, die von Amtswegen behandelt werden, zu diskutieren.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.55 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte